

# LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 12 · 43. Jahrgang · 16. Wahlperiode · 12.12.2012

## Verlangt

Wie steht es um die Zukunft der Kohle- und Gaskraftwerke in NRW? Dies will die Opposition wissen, seitdem die Tagespresse über eine entsprechende Studie des Umweltministers berichtet hat.

S. 4

## Vorgelegt

Wie viel Geld will die Landesregierung im kommenden Jahr ausgeben? Und vor allem: wofür? Das Parlament, Vertreter des Souveräns, debattiert in erster Lesung über den Haushalt 2013.

S. 4-5

## Verändert

Neue Medien im digitalen Zeitalter ermöglichen Information und Kommunikation auf eine ganz neue Art und Weise. Was bedeutet dies für die politische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger?

S. 10-13

## Vergangen

Das Jahr 2012: Nicht alltäglich im politischen Geschäft. Minderheitsregierung, Neuwahlen, ein Haushalt, der zweimal diskutiert werden musste: Was war wichtig? Ein Rückblick.

S. 16-17

## Verbunden

## Demokratie und digitale Medien



# Digitale Demokratie

„Niemand ist eine Insel“: Der Titel dieses Romans aus den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts scheint auch für die heutige Zeit zu passen. Wir alle leben in Gruppen und Gemeinschaften – in Familie, Nachbarschaft und Beruf. Jeder Mensch könne, wenn er wolle, mit jedem anderen in Kontakt treten – digital, in Echtzeit, persönlich oder anonym: So eines der Versprechen des digitalen Mediums Internet. Aus dem Kommunikations- und Mitteilungsbedürfnis erwachsen riesige Datenberge. Fast alles und fast jeder kann in den unendlichen Weiten der digitalen Speicher gefunden werden. Daher in Anlehnung an eine der bekanntesten digitalen Suchmaschinen die Internet-Lösung für den Galileischen Streit rund um Scheibe und Kugel: Die Welt ist eine Google.

## OFFENE FRAGEN

In der Demokratie wird das Mitteilungsbedürfnis ergänzt um den Informationsanspruch des Souveräns: der Bürgerinnen und Bürger. Verständlich, dass die neuen Möglichkeiten der schnellen, scheinbar unbegrenzten digitalen Medien auch darauf abgeklopft werden (müssen), welchen Nutzen, aber auch welche Risiken sie für Teilhabe, Zusammenarbeit und Transparenz bringen. Und zwar nicht nur im Sinne von Mitteilung, son-

dern auch von Dialog und damit Mitwirkung an politischen Entscheidungsprozessen.

Genau an diesem Punkt beginnen erste Fragen: Wenn Daten nicht nur allgemein zugänglich, sondern auch verständlich sein sollen, müssen sie nicht selten aufgearbeitet, erklärt, in Zusammenhang gesetzt werden. Wie weit darf diese journalistisch-redaktionelle Arbeit gehen? Andersherum: Wie weit ist den Nutzerinnen und Nutzern bewusst, dass das Internet nicht nur Informationen anbietet, sondern – über offene oder anonyme Beiträge – auch Meinungen beeinflussen kann? Ebenfalls ist zu bedenken, dass in der Demokratie neben dem Informations- auch der Gleichbehandlungsgrundsatz gilt. Was ist also mit den Menschen, die an der modernen digitalen Welt weniger oder auch gar nicht partizipieren können oder wollen? Auch sie müssen die Möglichkeit haben, an politischen Debatten und Entscheidungen teilzuhaben. Und schließlich: In einer repräsentativen Demokratie wird politische Macht für eine bestimmte Zeit auf gewählte Volksvertreterinnen und -vertreter übertragen, und auch die Verantwortung für zu treffende Entscheidungen. Wie lässt sich damit die unmittelbare Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern bei konkreten Einzelprojekten kombinieren?

Spannende Fragen, die im politischen Raum erörtert werden. Landtag Intern wird darüber berichten, in diesem und im kommenden Jahr. Ein erster Aufschlag hierzu der Schwerpunkt dieses Heftes. CW



### Schwerpunkt: Open Government

Politik im Informationszeitalter .....	10
Demokratie 3.0 .....	11
Schlag auf Schlag .....	12-13

### Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

## Inhalt

### Aus dem Plenum:

Energie: Kraftwerke in der Energiewende .....	3
Haushalt: Spekulativ oder zukunftsorientiert? ...	4-5
Gesundheit: Rauchverbot verschärft .....	6
Soziales: Alle gegen Armut .....	7
Bildung: Über das richtige Maß an Freiheit .....	9

### Aus den Ausschüssen:

Familie: „U3-Ausbau unbedingt forcieren“ .....	18
--	----

Gesetzgebung .....	8
--------------------	---

Aus den Fraktionen .....	14-15
--------------------------	-------

Rückblick: Minderheit gewinnt Mehrheit.....	16-17
---	-------

Interview: Dr. Gerhard Papke .....	19
------------------------------------	----

Impressum .....	19
-----------------	----

Termine .....	20
---------------	----

# Kraftwerke in der Energiewende

## Diskussion über neues Gutachten des Umweltministeriums

28. November 2012 – Kohle, Gas und erneuerbare Energien: Die Abgeordneten haben im Plenum auf Antrag von CDU (Drs. 16/1544) und FDP (Drs. 16/1543) erneut über das Gelingen der Energiewende diskutiert. Anlass war eine Studie der Landesregierung, die laut Presseberichten 29 NRW-Kraftwerke wirtschaftlich infrage stellt. Teile der Opposition forderten die Regierung auf, die Ergebnisse der Studie ohne vorherige redaktionelle Anpassungen offenzulegen.

„Wir wollen alle gemeinsam das Gelingen der Energiewende“, machte **Dietmar Brockes** (FDP) deutlich. In vielen Punkten seien sich die fünf Landtagsfraktionen in den vergangenen Plenardebatten auch einig gewesen. Umso mehr hätten ihn Anfang der Woche die Presseberichte über eine „ominöse Studie“ des Umweltministeriums überrascht: Demnach stünden 29 der 72 Kohle- und Gaskraftwerke in Nordrhein-Westfalen infrage. „Das steht völlig konträr zu dem, was wir in den letzten Tagen und Wochen hier diskutiert haben“, kritisierte der FDP-Sprecher. Es sei an der Zeit, dass die Ministerpräsidentin von ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch mache und ein Machtwort spreche.

„Uns würde es schon reichen, wenn die Regierung mit einer Stimme und nicht mit mehreren Stimmen sprechen würde“, ergänzte **Thomas Kufen** (CDU). Zudem forderte er Rot-Grün auf, die Ergebnisse der Prognos-Studie sofort offenzulegen und nicht erst noch in ihrem Sinne zu revidieren. Kritisch sah er auch, dass das genannte Gutachten nicht in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP auftauche. Auch Kufen betonte: „Die Energiewende in Deutschland muss in unserem eigenen Interesse gelingen.“ Dazu forderte er mehr Koordination zwischen den einzelnen Aktivitäten und Ebenen. Es gehe um Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit, um Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz.

„CDU und FDP versuchen, ein Thema zu skandalisieren, das nicht skandalisierbar ist“, entgegnete **Thomas Eiskirch** (SPD). Viele alte Kraftwerke seien nicht rentabel, das zeige sich auch in Gesprächen mit den Energieunternehmen. Und: „Das ist alles nichts Neues.“ Die Bundesregierung sei dabei, die Chancen der Energiewende zu „versemmeln“. Er sei daher froh, dass Rot-Grün die Herausforderungen erkenne und sich ihnen stelle. Dazu gehöre es auch, sich auf Basis von Studien mit der Zukunft von Kraftwerken zu beschäftigen. Die aktuelle Studie beinhalte noch „einige handwerkliche Fehler“. Das zuständige Ministerium werde die Situation der konventionellen Kraftwerke bewerten.

„Sie haben einfach keine Ahnung“, warf **Reiner Priggen** (GRÜNE) insbesondere der FDP-Frak-

tion vor. Diese müsse lediglich mal mit den Energieunternehmen reden. „Was wir brauchen, sind Kraftwerke, die heute ein anderes technisches Design haben als früher“, betonte der GRÜNEN-Sprecher. In dieser Richtung gebe es derzeit im Land eine ganze Reihe an geplanten Investitionen. Was allerdings ein neues Strommarktdesign angehe: Da sei die Bundesregierung am Zug. Zur Kritik am Umgang mit den Ergebnissen der Studie des Umweltministeriums sagte Priggen: „Das ist normaler Verlauf.“ Die Landesregierung gebe eine Studie in Auftrag, werte sie aus und gebe sie dann weiter.

Die PIRATEN begrüßten, dass die erneuerbaren Energien gegenüber den fossilen bereits jetzt einen deutlichen wirtschaftlichen Vorteil erreicht hätten, sagte deren Sprecher **Kai Schmalenbach**. Allerdings sei es wichtig, an kalten Wintertagen auf mögliche Engpässe vorbereitet zu sein. Was die Studie des Umweltministeriums angeht, sagte Schmalenbach: Eine unfertige Studie zu veröffentlichen, sei aus seiner Sicht nicht sinnvoll. Dies führe nur zu Verwerfungen. Grundsätzlich aber müsse die Veröffentlichung einer Studie selbstverständlich erfolgen – und nicht erst auf Anfrage. Zudem kritisierte der PIRAT: „Für mich hinterlässt der Antrag der CDU ausschließlich Fragen.“

Ein einziger Blick in den Koalitionsvertrag hätte das „Theater“ von CDU und FDP ersparen können, meinte **Umweltminister Johannes Rimmel** (GRÜNE). Es gehe um Planungssicherheit und zukünftige Investitionen – das sei der Arbeitsauftrag der Studie: „Sie soll nämlich sagen, was

Sache ist“, erläuterte Rimmel. NRW nehme die Energiepolitik ernst und betreibe sie nicht im Affekt. Dafür sei die Studie Grundlage. Die Bundesregierung hingegen sei dabei, das NRW-Vorhaben, die Energieversorgung umzustellen, zu blamieren: „Wenn wir so weiterarbeiten, dann wird die Energiewende zum Geisterschiff“, befürchtete der Umweltminister. Wichtige Rahmenbedingungen fehlten bislang. *bra*



Foto: Schälte

Finanzminister  
Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD)

## Spekulativ oder zukunftsorientiert?

### Debatte über Landeshaushalt: „Sparschweine“ gegen „Rasenmäher“

12. Dezember 2012 – 60 Milliarden Euro: So viel möchte die Landesregierung im Jahr 2013 ausgeben. Sie rechnet hierzu mit weiter steigenden Steuereinnahmen von 44,8 Milliarden Euro. Bei der Aufnahme neuer Schulden werden 3,5 Milliarden Euro veranschlagt. In der Haushaltsdebatte verteidigten sowohl der Finanzminister als auch die Ministerpräsidentin den Haushalt als Zeichen, die Finanzen so zu konsolidieren, dass gleichzeitig in die Zukunft des Landes investiert würde. Während die Regierungsfaktionen dies unterstützten, forderten CDU und FDP stärkere Anstrengungen beim Sparen. Hier hinke NRW im Vergleich aller Bundesländer hinterher. Der vorgelegte Haushalt sei ein Zeichen der „Ratlosigkeit und Hilflosigkeit“, beklagten die PIRATEN.

Für Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD) markiert der Haushalt 2013 einen wichtigen Schritt in Richtung Schuldenbremse. Die Neuverschuldung solle im kommenden Jahr auf 3,5 Milliarden Euro gesenkt werden. Der Haushaltsentwurf unterstreiche den festen Willen, die Finanzen

nachhaltig zu konsolidieren, ohne dabei die Verantwortung für die Aufgabenerfüllung des Landes zu vernachlässigen, so Walter-Borjans. Ziel bleibe es, innerhalb der nächsten acht Jahre einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. „Wir werden die Schuldenbremse, wie vom Grundgesetz verlangt, bis 2020 schaffen“, betonte der Finanzminister. Wichtige Zukunftsinvestitionen in Bildung, Kinderbetreuung und Kommunen dürften dabei aber nicht auf der Strecke bleiben, denn die Einsparziele müssten erreicht werden, „ohne das Land kaputt zu sparen“.

Scharfe Kritik am Haushaltsentwurf übte der CDU-Fraktionschef Karl-Josef Laumann. Trotz anhaltenden Wirtschaftswachstums wolle Rot-Grün immer noch zu viele Schulden machen. Eine Schuldenbremse werde so niemals erreicht, die Zukunftschancen der nachfolgenden Generation würden verspielt, äußerte sich Laumann enttäuscht über „diesen Haushalt des Nichtstuns“. Auch Streichungen im Personalhaushalt dürften nicht länger ein Tabuthema sein, denn Einsparungen im Promillebereich seien einfach zu wenig. Der jetzige Ansatz habe so gut wie keine Auswirkung auf den Schuldenstand, kritisierte der CDU-Fraktionsvorsitzende den aus seiner Sicht mangelnden Sparwillen der Landesregierung. Die rot-grüne Haushaltspolitik werde ihrer Verantwortung nicht gerecht, sie solle nicht immer auf den Bund schielen, sondern ihre eigenen Hausaufgaben machen. Statt für ein gutes Wirtschaftsklima zu sorgen, gefährde der Alleingang beim Thema Klimaschutzgesetz

den Industriestandort NRW, so der CDU-Fraktionsvorsitzende. Seine wirtschaftliche Stärke beziehe das Land aber gerade durch Arbeitsplätze im Industriesektor, deswegen dürften Industrieunternehmen in Nordrhein-Westfalen keine schlechteren Rahmenbedingungen haben als in anderen Bundesländern.

Die CDU habe erneut nicht gesagt, wo Nordrhein-Westfalen denn nun konkret sparen könne, entgegnete Norbert Römer (SPD). Er selbst bezeichnete den Haushalt 2013 als Meilenstein auf dem Weg zur Schuldenbremse: „Wir sorgen vor, um zu sparen. Und wir sparen, um vorzusorgen.“ Rot-Grün investiere insbesondere in Bildung: „Das ist die wichtigste Zukunftsinvestition in diesem Land.“ Noch blieben zu viele Kinder ohne Schulabschluss. Zudem müssten die kommunalen Finanzen wieder ins Lot kommen – hier sei auch der Bund gefragt, betonte



Karl-Josef Laumann CDU

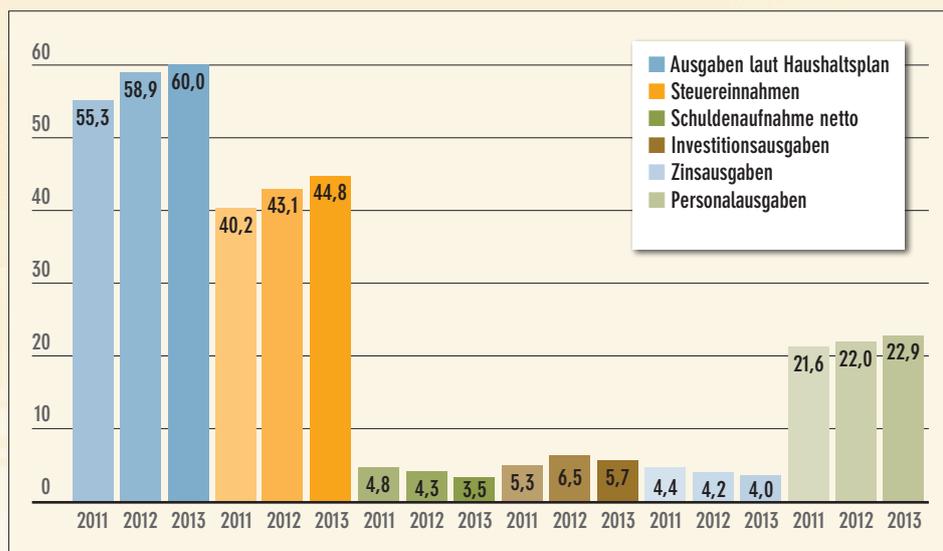
der SPD-Fraktionschef. Die Regierung Kraft habe den schwarz-gelben „Raubzug“ durch die kommunalen Kassen gestoppt. Seit dem Jahr 2010 hätten diese zusätzlich 2,5 Milliarden Euro erhalten, das Gemeindefinanzierungsgesetz 2013 liege bei bislang ungeschlagenen 8,7 Milliarden Euro. Sparen, zukunftssträchtig investieren und mehr einnehmen: Das sei der Dreiklang der rot-grünen Haushaltspolitik, so Römer. Sparen dürfe aber kein Selbstzweck sein, die Kommunen nicht zum „Ausfallbürgen“ und Stellen in der Landesverwaltung nicht wie von Schwarz-Gelb pauschal mit dem „Rasenmäher“ getrimmt werden. Insgesamt sei klar: „Wir gehen einen Weg der Haushaltskonsolidierung, der noch viel Schweiß kosten wird.“

„Es geht nicht um ein paar Sparschweine“, spielte Christian Lindner (FDP) auf das Titelbild der Finanzplanung 2012 bis 2016 an. Zudem seien es nicht die darauf abgebildeten Kinder, die für Rot-Grün sparen müssten: „Sie müssen für die Kinder sparen!“, rief er der Regierung zu und warf ihr vor, die Schuldenbremse nicht ernst zu nehmen: Bis zum Jahr 2016 plane Rot-Grün die Neuverschuldung lediglich auf 2,5 Milliarden Euro zu senken – ihm sei schleierhaft, wie sie in den dann noch verbleibenden drei Jahren die Null erreichen wolle, kritisierte der FDP-Fraktionschef. Viele Länder überholten NRW mittler-

## Einzeletats (in Milliarden Euro)

	2013
Landtag	0,122
Ministerpräsidentin	0,119
Inneres und Kommunales	4,812
Justiz	3,664
Schule und Weiterbildung	15,118
Innovation, Wissenschaft und Forschung	7,412
Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	2,712
Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	3,101
Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	0,917
Arbeit, Integration und Soziales	3,176
Finanzen	1,989
Landesrechnungshof	0,040
Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk	0,812
Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	0,973
Allgemeine Finanzverwaltung	15,061
Summe	60,027

Quelle: Finanzministerium NRW



Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2013 des Landes Nordrhein-Westfalen in Milliarden Euro Datenquelle: Finanzministerium



Norbert Römer (SPD)

Christian Lindner (FDP)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Dr. Joachim Paul (PIRATEN)

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)

weile auf dem Weg zur Schuldenbremse. Krafts Kabinett hingegen betreibe eine „spekulative Finanzpolitik“, verlasse sich auf ein gleichbleibendes Zinsniveau, die aktuelle Konjunktur und höhere Steuern aus Berlin. Es sei ein „Arbeitszeugnis“, einfach auf Bund und Steuerzahler zu verweisen, befand Lindner: „Wenn die Wette nicht aufgeht, sind wir angeschmiert hier im Land.“ Auch seien die Prioritäten im Haushalt falsch: der Umweltminister zu stark, Wirtschafts- und Verkehrsminister zu schwach und bei der Inklusion ständen die Kommunen alleine da. Lindner forderte Rot-Grün auf, weiter zum kommunalen Stärkungspakt zu stehen.

Er sei ein „Messias mit beschränkter Haftung“ bewertete Reiner Priggen (GRÜNE) die Rede seines Vorredners. Immerhin sei er doch lange Zeit sowohl in NRW als auch im Bund an verantwortlicher politischer Stelle tätig gewesen. So verteidigte der GRÜNEN-Fraktionschef die neuen Stellen im Bereich des Umweltministers als unabdingbar. Dies habe bereits im Jahr 2009 auch der frühere CDU-Umweltminister festgestellt. Hinsichtlich des Vergleichs mit anderen – vor allem ostdeutschen – Bundesländern, die mit der Tilgung von Schulden beginnen könnten, forderte Priggen, den Solidarbeitrag-Ost jetzt nachzujustieren und auszutarieren. Mittlerweile gehe es westdeutschen Städten schlechter als

manchen ostdeutschen. Außerdem beklagte er, Nordrhein-Westfalen werde bei den Zuweisungen des Bundes beispielsweise im Verkehrs- oder im Hochschulbereich strukturell benachteiligt. „Da hören wir nichts von Ihnen“, wandte er sich an CDU und FDP mit Blick auf die schwarz-gelbe Bundesregierung. Gleiches gelte für konkrete Einsparvorschläge. Und immerhin berate man jetzt den fünften Haushalt in zwei Jahren. Aber, so Priggen, die CDU habe ja ob ihrer Führungsstruktur auch als einzige Fraktion „einen Weihnachtsbaum mit einer Doppelspitze“.

Die Landesregierung habe „bienenfleißig“ ein umfangreiches Zahlenwerk vorgelegt, so Dr. Joachim Paul (PIRATEN). Aber es sei kein „gelungener finanzpolitischer Wurf“. So fehlten systematische Lösungswege für die Bewältigung der Probleme. Zum Beispiel reduziere Rot-Grün die Zuschüsse für die Wohlfahrtsverbände um 64 Prozent. Weitere Kürzungen betrafen nicht nur den Kulturhaushalt, sondern auch die landeseigenen Fördermittel für den Mittelstand. Und auch in den Bereichen Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr fehlten notwendige Mittel. Dabei gebe die Landesregierung nicht an, welche Aufgaben sie konkret mit ihren Kürzungen zurückführen wolle, denn sie operiere mit einer Erhöhung der globalen Minderausgabe, kritisierte der Fraktionsvorsitzende. Notwendig

sei dagegen eine Verbesserung der Einnahmeseite, um die Haushaltsprobleme des Landes anzupacken: die steigende Zahl der Überstunden bei Lehrkräften und Polizisten, der Sanierungsstau PCB-belasteter öffentlicher Gebäude, das strukturelle Defizit bei den Kommunen und die soziale Schieflage beim Wohnungsbau, zählte Paul auf. Die PIRATEN wollten für 2013 die Schwerpunkte auf Bus und Bahn, Bildung sowie freien Zugang zu Wissen, Kommunen und Open Government setzen.

„Es geht nur Schritt für Schritt“, entgegnete Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) auf die Forderungen vor allem der PIRATEN. Die kritisierte globale Minderausgabe werde in den Einzelplänen des Haushalts konkretisiert. An CDU und FDP gerichtet betonte Kraft: „Wir wollen die Schuldenbremse einhalten.“ Allerdings werde ihre Regierung gleichzeitig sparen, in Kinder,

Fotos: Schälte

Infrastruktur und Kommunen investieren sowie die Einnahmen des Landes erhöhen. Zum Vergleich mit anderen Bundesländern sagte die Regierungschefin: Bei den Ausgaben, Schulden und Verwaltungsstellen stehe NRW pro Kopf gerechnet besser da als der Durchschnitt insbesondere der westlichen Flächenländer. *bra, cw, zei*

### Daten zur Gemeindefinanzierung

(in Klammern Veränderung gegenüber Vorjahr/ Angaben in Euro)	
Zuweisungen	8.656 Millionen (+235 Millionen)
Schlüsseluweisungen	7.345 Millionen (+199 Millionen)
davon für	
• Gemeinden	5.764 Millionen
• Kreise	860 Millionen
• Landschaftsverbände	721 Millionen
Schulpauschale/Bildungspauschale	600 Millionen
Investitionspauschalen	593 Millionen (+38 Millionen)
Pauschale Bedarfszuweisungen	31 Millionen (+1 Millionen)
Sportzuweisungen	50 Millionen
Verbundsatz	23 Prozent

Quelle: Finanzministerium NRW

# Rauchverbot verschärft

## Neue Regelung spaltet im Landtag die Gemüter

29. November 2012 – Das Rauchen in Gaststätten ist ab Mai 2013 grundsätzlich verboten, einzige Ausnahme sind private Feiern. Das Verbot betrifft auch das Rauchen auf Kinderspielflächen. SPD und GRÜNE beschlossen in namentlicher Abstimmung gegen die Stimmen von CDU, FDP, PIRATEN mit 124 zu 101 Stimmen bei 3 Enthaltungen die von ihnen eingebrachten Neuregelungen im Nichtraucherschutzgesetz (Drs. 16/125, Beschlussempfehlung: Drs. 16/1493). 18 SPD-Abgeordnete brachten durch eine Protokoll-Erklärung zur Abstimmung ihre Bedenken zum Ausdruck. Änderungsanträge der PIRATEN fanden keine Mehrheit.

Angesichts der gegenwärtigen Praxis und eines löchrigen Gesetzes sei eine Neuregelung notwendig, so **Dr. Roland Adelmann** (SPD). Vor allem bemängelte er, dass es keinen wirksamen Schutz für Kinder und Jugendliche sowie Angestellte in Gaststätten gebe; die freiwillige Selbstver-

zusammen. Zudem schade es den Gastwirten und bedrohe ehrenamtliche Vereinsvorstände sowie das Brauchtum.

Es gehe nicht darum, das Rauchen zu verbieten, so **Arif Ünal** (GRÜNE) mit Blick auf die vorgeleg-

wie und wo sie ihren Feierabend zu verbringen haben“, wandte sich **Schneider** gegen die angestrebten Neuregelungen. Das verschärfte Gesetz diskriminiere die Raucherinnen und Raucher in NRW und bevormunde die Bürger. Damit folge die SPD „in blindem Gehorsam ergeben dem erhobenen Zeigefinger der grünen Volks-erzieher“.

Es gebe beim Nichtraucherschutzgesetz Handlungsbedarf, um kleinere Lücken zu schließen, konstatierte für die **PIRATEN Kai Schmalenbach**. Falsch sei allerdings die jetzt angewandte „Holzhammermethode“, die zum Beispiel Shisha-Clubs zum Aufgeben zwingen werde. Den „Feldzug“ der Gesundheitsministerin gegen die E-Zigarette hielt der **PIRATEN-Politiker** für



Fotos: Schälte

Dr. Roland Adelmann (SPD)

Peter Preuß (CDU)

Arif Ünal (GRÜNE)

Susanne Schneider (FDP)

Kai Schmalenbach (PIRATEN)

Ministerin Barbara Steffens (GRÜNE)

pflichtung habe eben nicht funktioniert. Von daher trat Adelmann für das nun angestrebte allgemeine Verbot ein, mit persönlichen Feiern als einziger Ausnahme. Darüber hinaus rief der SPD-Politiker alle Abgeordneten dazu auf, ihre Vorbildfunktion ernst zu nehmen und in der Öffentlichkeit nicht zu rauchen. „Langfristig ist eine möglichst rauchfreie Gesellschaft das Ziel“, legte sich Adelmann fest.

Das gesamte Thema Gesundheitsschutz sei 2007 durch das von Schwarz-Gelb beschlossene Nichtraucherschutzgesetz bereits ausreichend geregelt worden, meinte dagegen **Peter Preuß** (CDU). Im vorliegenden Gesetz spiegelte sich jedoch die Verbotskultur der GRÜNEN wider, die sich gegen Eigenverantwortung und Entscheidungsfreiheit richte. Ein vernünftiger, fairer Interessenausgleich habe nicht stattgefunden. „Das rot-grüne Vorhaben ist keine Verbesserung des Nichtraucherschutzgesetzes, aber eine Bevormundung und Gängelung mündiger Bürger“, fasste der CDU-Politiker seine Kritik

ten Änderungen des Nichtraucherschutzgesetzes. Vor allem gehe es darum, dass der Schutz vor dem gefährlichen Passivrauchen endlich ernst genommen werde. Das geltende Gesetz beinhalte zu viele Ausnahmeregelungen. „Häufig wird das Rauchverbot ignoriert oder durch eine geschickte Nutzung der bestehenden Ausnahmeregelungen umgangen“, bewertete Ünal die Wirkung des bisherigen Schutzes. Notwendig sei eine konsequente, einfache und lückenlose Regelung, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und eine schrittweise Aufweichung des Nichtraucherschutzes durch Gerichte zu verhindern.

Unsinnige Verbote führten eher zu Trotzreaktionen als zu Einsicht, so **Susanne Schneider** (FDP). Die Zahl der Raucherinnen und Rauchern sei auch dank des bestehenden „guten“ Gesetzes rückläufig, verwies die FDP-Sprecherin auf die geltende Trennung von rauchfreien Gaststätten und Raucherclubs. Rot-Grün wolle „uns alle entmündigen, den Menschen vorschreiben,

nicht auf Fakten und Tatsachen basiert. Dabei werde einfach nicht berücksichtigt, dass das Rauchen von E-Zigaretten nicht vergleichbar sei mit dem Rauchen einer herkömmlichen Zigarette. Der Gesetzentwurf behebe weder die bekannten Probleme beim Nichtraucherschutz noch differenziere er, er verbiete einfach nur.

„Ein bisschen Schutz gibt es beim Rauchen nicht, weil der Rauch an den Türen nicht haltmacht“ und sich damit im Raum ausbreite, verteidigte **Ministerin Barbara Steffens** (GRÜNE) die geplanten Neuregelungen. Das bisherige Gesetz schütze nicht und sei weit entfernt von einem konsequenten Nichtraucherschutz, wie auch die Expertenanhörung ergeben habe. Für sie sei Gesundheitsschutz wichtiger als wirtschaftliche Interessen. Es gehe nicht um Erziehung oder Verbot, sondern um den Schutz derjenigen, die sich ihre Gesundheit nicht schädigen lassen wollen. Die Gesundheitsministerin warf den **PIRATEN** vor, die gesundheitlichen Risiken beim Genuss von E-Zigaretten zu verharmlosen. *zei*

# Alle gegen Armut

## Landesregierung legt Sozialbericht vor – Debatte über Konsequenzen

30. November 2012 – In Analyse und Bewertung vielfach einig, bei den zu ergreifenden Maßnahmen uneinig: Die Unterrichtung der Landesregierung über den Sozialbericht 2011 führte im Landtag zu einer Grundsatzdebatte über die Ausrichtung unseres Sozialstaats. Im Mittelpunkt aller Fraktionen: die nachhaltige Bekämpfung der Kinderarmut.

Als „erschreckend“ wertete Sozialminister Guntram Schneider (SPD) die Befunde des aktuellen Sozialberichts. Trotz Wirtschaftswachstums wachse die Armut, Ungleichgewichte nähmen zu. Und trotz positiver Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung werde die Gruppe derer, die nicht an dieser Entwicklung teilhaben, größer, ihre Lage verfestige sich. „Die Politik ist hier in der Pflicht. Wir müssen Gerechtigkeit anstreben“, rief Schneider aus und kündigte Bundesratsinitiativen zur höheren Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften, zur Anhebung des Spitzensteuersatzes und zur Bekämpfung von Steuerflucht an. Im kommenden Jahr wolle die Landesregierung ein umfassendes Handlungskonzept gegen Armut und soziale Ausgrenzung erarbeiten.

„In Deutschland geht etwas schief“, unterstrich für die SPD Michael Scheffler. Reichen ginge es immer besser, Armen immer schlechter. Jedes fünfte Kind lebe in einem einkommensarmen Haushalt. Finanzielle Armut gehe dabei häufig mit Bildungsarmut einher, was wiederum den „Teufelskreis“ der Armut verfestige. Daher sei der Ansatz der Landesregierung „Kein Kind zurücklassen“ der einzig richtige Weg. Grundsätzlich sei die Einführung einer Kindergrundsicherung von 536 Euro im Monat notwendig. Als Grund für Armut benannte der SPD-Sprecher vor allem die Erwerbsarmut durch Niedriglöhne. Der im Tarifreue- und Vergabegesetz festgeschriebene Mindestlohn von 8,62 Euro müsse flächendeckend und branchenübergreifend ausgestaltet werden.

„Es gibt offenbar Strukturen, aus denen von Armut betroffene Menschen aus eigener Kraft nicht mehr herauskommen“, konstatierte auch Peter Preuß (CDU). Zum Aufbrechen dieser Strukturen sei eine bessere Vernetzung sozialer Infrastruktur notwendig. Der Sozialbericht benenne als Gründe für die Armut Arbeitslosigkeit, geringe Qualifizierung und die Verschuldung öffentlicher Haushalte. Die Bekämpfung der Armut gelinge aber nicht durch ideologische Auseinandersetzungen über Umverteilung von Vermögen, Mindestlohn und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Leiharbeit und geringfügige Beschäftigung böten auch die Chance auf Zusatzverdienst, Qualifizierung und Einstieg in den Arbeitsmarkt. Missbrauch dieser Instrumente müsse bekämpft werden.

„Deutschland ist eines der reichsten Länder der Erde“, betonte Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE). Doch hier stünden wenigen „Superreichen“ immer mehr einkommensschwache Menschen gegenüber. Risiken für Armut seien laut Sozialbericht unter anderem Migrationshintergrund, Alter, Jugend und Behinderung. Schon Kinder würden durch Ausgrenzung daran gehindert, in der Schule gute Leistungen zu erbringen. Auch würden viele Jobs so schlecht bezahlt, dass die Menschen davon nicht leben könnten. Dies betreffe mittlerweile schon gut ausgebildete Fachkräfte. „Armut grenzt aus. Armut macht krank. Armut macht einsam“, so die Analyse der GRÜNEN. Die präventive Politik der Landesregierung sei richtig, um hohe Kosten in der Zukunft zu vermeiden.

„Für die FDP ist klar: Menschen, die von Armut betroffen sind, brauchen unsere Unterstützung und verdienen unsere Solidarität“, erklärte Ernst-Ulrich Alda für seine Fraktion. Relative Einkommensarmut bedeute, dass man über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfüge. Diese Grenze habe im Jahr 2010 bei einer Familie mit zwei Kindern bei 1.711 Euro pro Monat gelegen. Die Armutsrisikoquote schwanke regional zwischen rund 11 und 18 Prozent. Vor diesem Hintergrund warnte Alda vor einer „Politik der Deindustrialisierung“ sowie vor „Hilfen mit der Gießkanne“. Notwendig sei eine Politik, die die Schwächeren ertüchtige und stärke sowie den Menschen zutraue, bei angemessener Unterstützung aus der Armutssituation herauszufinden.

„Armut in einem reichen Land ist nicht tolerierbar“, betonte Olaf Wegner (PIRATEN). Der vorgelegte Bericht sei eine „Bankrotterklärung“: Die Zahl der Arbeitslosen sinke und trotzdem nehme die Armut weiter zu. Dies liege vor allem an einer deutlichen Ausweitung des Niedriglohnssektors, was eine Abwärtsspirale mit dem Risiko von Altersarmut bedeute. Wenn Wachstum und Vollbeschäftigung nicht mehr zur Überwindung von Armut führten, brauche man aber neue Modelle: die Einführung eines bedingungslosen, existenzsichernden Grundeinkommens. Als erste Schritte forderte Wegner, die Sanktionen bei Hartz IV abzuschaffen und den Bildungsbereich deutlich aufzustocken. Dafür seien die reichsten zwei Prozent der Bevölkerung stärker zu belasten. cw

# Laufende Gesetzgebung

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Gepl.) Beratungsschritte
16/1625	Dienstrechtsanpassungsgesetz für NRW, LR	Vorschlag: Haushaltsausschuss	1. Lesung 13.12.2012
16/1624	Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung, LR	Vorschlag: Bauausschuss	1. Lesung 13.12.2012
16/1572	Gesetz zur Änderung des Ladenöffnungsgesetzes, LR	Vorschlag: Wirtschaftsausschuss	1. Lesung 13.12.2012
16/1468	Stärkung der kommunalen Demokratie, SPD/GRÜNE	Kommunalausschuss	Anhörung geplant
16/1435	Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Sicherungsverwahrung in NRW, LR	Rechtsausschuss	Experten- gespräch 21.2.2013
16/1402	Regelung der Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2013, LR	Vorschlag: Haushaltsausschuss	1. Lesung 12.12.2012
16/1400	Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013, LR	Vorschlag: Haushaltsausschuss	1. Lesung 12.12.2012
16/1286	Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetz, LR	Vorschlag: Haushaltsausschuss	1. Lesung 12.12.2012
16/1274	Ablieferung von Pflichtexemplaren und ausführen der Vorschriften, CDU	Kulturausschuss	Ausschuss 17.1.2013
16/1264	Landeswassergesetz, SPD/GRÜNE	Umweltausschuss	Anhörung 9.1.2013
16/1255	Stärkung der Wissenschaftsautonomie, PIRATEN	Wissenschaftsausschuss	Ausschuss 16.1.2013
16/1188	Anerkennungsgesetz, LR	Sozialausschuss	Ausschuss Anfang 2013
16/1187	Rechtsvorschriften im Bereich des Gesundheitsministeriums, LR	Sozialausschuss	Ausschuss Anfang 2013
16/1186	Hochschulgesetz und Kunsthochschulgesetz, LR	Wissenschaftsausschuss	2. Lesung 12.12.2012
16/1185	Gesetz über Rentengüter, LR	Rechtsausschuss	2. Lesung 12.12.2012

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Gepl.) Beratungsschritte
16/1184	Befristungen besoldungsrechtlicher Gesetze im Zuständigkeitsbereich des Justizministeriums, LR	Rechtsausschuss	2. Lesung 12.12.2012
16/1183	Polizeigesetz, LR	Innenausschuss	2. Lesung 12.12.2012
16/1182	Gesetz über die Justiz im Land NRW, LR	Rechtsausschuss	2. Lesung 12.12.2012
16/1167	Feuerwehrschatz und die Hilfeleistung (FSHG), CDU	Innenausschuss	in Beratung
16/1049	Rettungsgesetz, LR	Sozialausschuss	2. Lesung 12.12.2012
16/748	Zweckbindung der nach dem Entflechtungsgesetz aus dem Bundeshaushalt zustehenden Finanzmittel, LR	Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	Anhörung 22.1.2013
16/746	Jugendarrestvollzug, LR	Rechtsausschuss	Ausschuss Anfang 2013
16/179	Ablieferung von Pflichtexemplaren in NRW, LR	Kulturausschuss	Ausschuss 17.1.2013
16/177	Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine, LR	Umweltausschuss	Anhörung 20.2.2013
16/127	Förderung des Klimaschutzes, LR	Umweltausschuss	Ausschuss 16.1.2013
16/126	Förderung des Mittelstandes, LR	Wirtschaftsausschuss	2. Lesung 13.12.2012
16/120	Kommunalwahlgesetz, PIRATEN	Kommunalausschuss	Anhörung Frühjahr 2013
16/119	Änderung der Verfassung, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung
16/45	Landeswassergesetz, CDU/FDP	Umweltausschuss	in Beratung

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

## Abgeschlossene Gesetzgebung - im Plenum am 7./8. November 2012 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
16/749	Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 13.9.2012 2. Lesung 29.11.2012	angenommen
16/747	Gesetzliche Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Finanzministeriums	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 13.9.2012 2. Lesung 28.11.2012	angenommen
16/743	Gesetz über die NRW.BANK	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 13.9.2012 2. Lesung 28.11.2012	angenommen
16/125	Nichtraucherschutzgesetz	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 4.7.2012 2. Lesung 29.11.2012	angenommen
16/57	Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 5.7.2012 2. Lesung 28.11.2012	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de) Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

# Über das richtige Maß an Freiheit

## Schlagabtausch über geplantes Hochschulgesetz

29. November 2012 – Das Thema Bildung bleibt zwischen rot-grüner Regierung und den schwarz-gelben Oppositionsfraktionen umstritten. Bei der Freiheit der Hochschulen forderte erstere mehr Verantwortung des Staates, letztere warnten vor zu viel Bürokratie. Das aktuelle Hochschulgesetz sei ein „versalzenes Bananensoufflé“ meinten die PIRATEN; Unternehmensinteressen dürften nur in ausgewogener Form in die Hochschulen einfließen.

Dr. Stefan Berger (CDU) am Redepult und Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD)

Die Wissenschaftsministerin plane ein „Hochschulermündungsgesetz“, so Dr. Stefan Berger (CDU). Zwischen 2005 und 2010 habe die damalige schwarz-gelbe Landesregierung versucht, durch die Schaffung von Spielräumen vor Ort und die Einführung von Hochschulräten mehr Exzellenz nach NRW zu holen. Die jetzige Landesregierung tue das Gegenteil. Wo sei der Beweis, dass sich Hochschulräte nicht bewährt hätten, fragte der CDU-Sprecher und wandte sich gegen einen Ansatz, der aus Verkomplizierung, Bürokratie, Bevormundung und Misstrauen bestehe. Ein besonderer Kritikpunkt Bergers: Die Landesregierung strebe an, bei der Einrichtung der Fächer mitzubestimmen.

Die CDU wolle Misstrauen säen, das nicht angebracht sei, entgegnete Karl Schultheis (SPD). Richtig sei, dass die Einrichtung der Hochschulräte zu einem deutlichen Anstieg von Bürokratie geführt habe. Die jetzige Landesregierung dagegen wolle Freiheit und Verantwortung zusammenführen. Sie wolle sicherstellen, dass gleiches Geld für gleiche Arbeit gezahlt werde und dass die Beschäftigungsverhältnisse ordnungsgemäß abgeschlossen würden. Außerdem müsse sie ja für gleichwertige Verhältnisse an allen Hochschulen sorgen und verhindern, dass bestimmte Fächer – wie die Geistes- und Sozialwissenschaften – wirtschaftlichen Zwängen untergeordnet würden.

Es sei notwendig, die Bevormundungspolitik der Landesregierung zu thematisieren, erklärte für

die FDP Angela Freimuth. Im Jahr 2007 hätten die Hochschulen so viele Gestaltungsmöglichkeiten erhalten wie sonst nirgendwo in Deutschland. Hier solle nun eine „Rückabwicklung“ erfolgen. Die Eckpunkte offenbarten Regelungswut, Bürokratie und tiefstes Misstrauen. So wolle die Ministerin die Möglichkeit erhalten, fachlich befehligend einzugreifen. Freimuths Fazit: „Rot-Grün will die Hochschulen unter ihre politische Kontrolle bekommen.“ Und zwar ohne einen echten Dialog mit den Hochschulen. Sie befürchtet daher eine Schädigung des Innovationsstandorts NRW.

Durch die schwarz-gelbe Reform sei nicht mehr klar gewesen, wer für Planung zuständig sei, wandte sich Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) gegen einen behaupteten „Mythos“ der Hochschulfreiheit. Der starke Hochschulrat habe am Ende nicht mehr, sondern weniger Freiheit gebracht. Bei 69 Hochschulen in NRW müsse der Staat zu-

mindest grob die Zahl der Studienplätze sowie die Fächerentwicklung planen können – und sich fragen dürfen, wie mit prekären Beschäftigungsverhältnissen umzugehen sei. Die Hochschulen brauchten seitens des Landes Unterstützung und „vernünftige“ Steuerung. Eine solche auf die Gesamtheit ausgerichtete Planung wolle man gesetzlich sicherstellen.

„Die Dinge sollen nicht komplizierter gemacht werden, als sie sind“, meinte dagegen Dr. Joachim Paul (PIRATEN). Das bestehende Hochschulfreiheitsgesetz sei im Kern ein „Hochschulratsfreiheitsgesetz“. Hochschulen sollten der Gesellschaft als Ganzes und dem Staat als ihrem Gewährsträger dienen. Im Hinblick auf die bestehenden Regelungen definierte Paul als Problemfelder mangelnde Sachkompetenz, überholte hierarchische Managementstrukturen, fehlende Pluralität und Legitimation, Intransparenz sowie einen Verstoß gegen den grundgesetzlichen Schutz der Wissenschaftsfreiheit. Als Konsequenz forderte Paul, das Modell der Hochschulräte wieder abzuschaffen.

Das Hochschulfreiheitsgesetz sei im Jahr 2006 ohne große Debatte durchgesetzt worden, so Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD). Heute wolle man in einen Dialogprozess mit allen Beteiligten treten. „Hochschulen sind keine Unternehmen, die Wissenschaft ist kein Markt“, kritisierte Schulze die bestehenden Regelungen. Daher sei ein neues Gesetz nötig. Das Land müsse zum Beispiel ein Interesse an einer ausreichenden Zahl an Lehramtsabsolventen oder auch an vernünftigen Arbeitsbedingungen haben. „Deswegen brauchen wir neue Steuerungsmöglichkeiten“, forderte die Ministerin die Möglichkeit, zum Beispiel bei Haushalt und Personal Rahmenbedingungen zu setzen. *cw*

### Überwiesen

Die Aktuelle Stunde auf Antrag der CDU (Drs.16/1545) wurde ergänzt um einen Gesetzentwurf der PIRATEN (Drs.16/1255) zur Stärkung der Wissenschaftsautonomie und einen Antrag von CDU und FDP mit dem Titel „Finger weg von der Hochschulautonomie“ (Drs.16/1190). Sowohl der Gesetzentwurf als auch der Antrag wurden zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung überwiesen.



Fotos: Schälte

Karl Schultheis (SPD)

Angela Freimuth (FDP)

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)

Dr. Joachim Paul (PIRATEN)

# Politik im Informationszeitalter

## Über neue Wege der Kommunikation und Beteiligung

*Wir leben im Informationszeitalter. Dieses schon beinahe geflügelte Wort soll beschreiben, dass das Angebot an Texten, Bildern und Filmen wohl noch nie so groß war wie heute. Gemeint ist vor allem das digitale Angebot aus dem World Wide Web – dem weltweiten Internet. Erst relativ wenige Jahre alt, ist es heute wohl aus dem persönlichen und beruflichen Leben vieler Menschen nicht mehr wegzudenken. Also muss sich auch die Politik mit den neuen Möglichkeiten auseinandersetzen: mit den Chancen und Risiken, aber auch als Gegenstand und Akteur in der Internetwelt. Wohl wissend, dass die Schnelligkeit, eines der Kennzeichen des digitalen Mediums, dazu führt, dass die Kommunikationswelt morgen vermutlich schon wieder ganz anders aussieht als heute.*

Der fortschreitende gesellschaftliche Prozess der Digitalisierung biete vielfältige Möglichkeiten, die repräsentative Demokratie um neue politische Mitgestaltungsmöglichkeiten durch die Bürgerinnen und Bürger zu ergänzen und damit zu stärken, schreiben SPD und GRÜNE in ihrem Antrag „Modernes Regieren im digitalen Zeitalter“. Er war Grundlage einer entsprechenden Anhörung (siehe Seite 9).

Das Schlagwort, unter dem dieser neuer Ansatz zusammengefasst wird, ist dem Englischen entlehnt: Open Government. Wenn auch die genaue Art und Weise noch konkretisiert werden muss, werden unter diesem Sammelbegriff alle Ansätze zur weiteren Öffnung von Politik und Verwaltung gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, Wissenschaft und Wirtschaft zusammengefasst. Soweit dabei elektronisch basierte Informations- und Kommunikationstechnik zum Einsatz kommen, spricht man auch von E-Government. Insbesondere durch die Nutzung von neuen Technologien im Internet (siehe Infokasten) sollen die Teilhabe und Mitwirkung an staatlichen Entscheidungsprozessen, die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und gesellschaftlichen Gruppen sowie die Transparenz gefördert werden.

Die Informations- werden also ergänzt durch Kommunikationsmöglichkeiten: An die Stelle von Einbahnstraßen kann Dialog treten – sei es zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft oder zwischen Bürgerinnen und Bürgern untereinander. Wie auch immer: Neue Medien befähigen uns

zu neuen Formen des Dialogs und damit neuen Formen der Meinungsbildung.

Mit Blick auf diejenigen, die noch nicht über einen Internetzugang verfügen, fordert der rot-grüne Antrag auch, dass sie bei der Information nicht übergangen werden dürften. Im Gegenteil: Bewährte Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten sollten ausgebaut werden.

### TAG DER MEDIENKOMPETENZ

Diesem Spagat stellte sich auch der „Tag der Medienkompetenz“, der Ende November im Landtag stattfand. Er sollte, so das erklärte Ziel, auch den Dialog zwischen „Digital Natives“ und „Offlinern“ fördern, also zwischen denjenigen, die das Angebot im Internet intensiv nutzen, und denjenigen, die zum Beispiel gedruckten Medien (immer noch) den Vorzug geben. Noch konkreter setzten sich die Veranstalter das Ziel, gemeinsam Antworten darauf zu suchen, was „Vertrauen“, „Teilhabe“ und „Lernen“ heute und in der Zukunft der digitalen Medienwelt bedeutet.

Dies griff Landtagspräsidentin Carina Gödecke auf, als sie in ihrer Eröffnungsrede zum Tag der Medienkompetenz feststellte, dass sich auch für die politische Debatten- und vielleicht auch Entscheidungskultur neue Chancen eröffneten. Gleichzeitig bestünden Risiken in Bezug auf Anonymität und die Kürze der Meldungen. Digitale Medien müssten mit derselben Sorgfalt wie andere Me-

dien die Meldungen prüfen, Recherchen durchführen und sich ihrer Verantwortung, Meinung zu bilden, bewusst sein.

Sie verwies auf das Informationsangebot des Landtags, das neben gedruckten Medien wie Landtag Intern und Broschüren auch ein Internetangebot einschließlich der Live-Übertragung von Plenarsitzungen umfasst.

### DIGITALES ANGEBOT

Der Landtag bietet heute ein aktuelles und breites Angebot an digitalen Informationen. Mittlerweile können Parlamentsunterlagen seit 1947 im Internet gefunden werden. Auch alle Plenardebatten können heute schon live im Internet mitverfolgt werden. Ältere Sitzungen sind im Archiv verfügbar. Hinzu kommen Videos von bestimmten Ereignissen wie jüngst dem Besuch des Bundespräsidenten. Und natürlich von der Wahl und Konstituierung des neuen Landtags.

Über einen Quick-Response-Code (QR-Code) bietet Landtag Intern die Möglichkeit, mit den entsprechenden Geräten direkt auf das Internetangebot des Landtags zu gelangen. Eine Brücke zwischen gedruckten und digitalen Medien. Weitere konkrete Schritte zur Umsetzung des Gesamtbereichs Open Government wird die Volksvertretung im kommenden Frühjahr erörtern. *CW*



### Digitale Dialoge

**Blogs:** Auf einer Internetseite geführte und damit meist öffentlich einsehbare digitale Veröffentlichungen, in der eine Person, Aufzeichnungen führt, Sachverhalte protokolliert, Artikel „postet“ etc., die von anderen ebenfalls im Internet kommentiert werden können.

**Wikis:** Einträge in elektronische Datensammlungen.

**Soziale Netzwerke:** lose Verbindungen von Menschen über das Internet.

Foto: Schälte

# Demokratie 3.0

## Fachleute diskutieren Open-Government-Strategie für NRW

6. Dezember 2012 – Mehr Transparenz, mehr Teilhabe und mehr Zusammenarbeit: Das verbirgt sich hinter dem Begriff „Open Government“. In einer Anhörung des Innenausschusses haben Fachleute nun darüber beraten, wie eine NRW-Strategie rund um Open Government und Open Data aussehen könnte. Im Fokus die Forderung: weg vom Informationsfreiheits- hin zu einem Transparenzgesetz.

Foto: Schälte

„Wir sind in einem digitalen Zeitalter angekommen“, erläuterte die Internetberaterin Valentina Kerst. 80 Prozent der Menschen seien online. Land und Kommunen dürften nun den Anschluss nicht verpassen. Das koste Geld und Personal – sei aber notwendig, betonte Kerst. Zudem könnten Open Data (s. Infokasten) und Open Government dazu beitragen, das Vertrauen in Politik und Verwaltung zu stärken.

### OPEN DATA

Mehr Transparenz könne er nur begrüßen, lobte der Landesdatenschutzbeauftragte Ulrich Lepper den der Anhörung zugrunde liegenden rot-grünen Antrag (Drs. 16/811). „Wir haben nun zehn Jahre Informationsfreiheitsgesetz“, erinnerte er. Danach müssen Behörden Daten derzeit nur auf Antrag herausgeben. Das sollte sich ändern, forderte Lepper und plädierte für ein proaktives, verpflichtendes Transparenzgesetz: Hin zu einer Bringschuld der Verwaltung, stimmte Alexander Trennheuser vom Kölner Verein „Mehr Demokratie“ zu.

Der Vereinssprecher betonte aber auch: „Das geht natürlich nicht von heute auf morgen.“ Hamburg, das derzeit ein ähnliches Gesetz umsetzt, räume eine Übergangszeit von zwei Jahren ein. Schritt für Schritt, mahnte auch Jens Klessmann vom Fraunhofer Institut Fokus. Es gehe zudem um einen Kulturwandel in den Verwaltungen, ergänzte Steinbach. Ebenso müsse die Gesellschaft vorbereitet werden, so Kerst.

Eine zentrale Internetplattform mit allen Daten von NRW-Verwaltung und Regierung wäre aus Sicht von Lepper ein „bedeutender Schritt in Richtung Transparenz“. Dabei müsse man die Informationsfreiheit aus Sicht der Menschen im Land denken, forderte Steinbach.

„Die Bereitstellung öffentlicher Daten ist der Grundstock für eine partizipatorische Demokratie“, machte auch Hans-Josef Fischer, Präsident von IT NRW, deutlich. Es gebe bereits funktionierende Plattformen, wie das Geoportal NRW – daran könne angeknüpft werden. Die Herausforderungen der Open-Government-Initiative sah Fischer vor allem auf rechtlicher und organisatorischer Seite – zusätzliche Ressourcen seien notwendig. Die kommunalen Spitzenverbände warnten dabei allerdings vor einseitigen Zusatzkosten für die Kommunen.

### OPEN GOVERNMENT

„Open Government ist nicht gleich Open Data“, stellte der Verwaltungsinformatiker Christian Geiger klar. Dies werde oft in einen Topf geworfen. Open Data sei die Basis. Bei Open Government gehe es dann um Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Verwaltung. Insgesamt bedeute dies, die parlamentarische Demokratie weiterzuentwickeln. Das funktioniere aber nur, wenn die Menschen merken, dass sie wirklich mitwirken könnten. Wichtig wäre laut Klessmann zudem eine übergreifende Koordination.

„Der Begriff ‚Open Government‘ ist relativ schillernd“, meinte Dr. Marco Kuhn von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände. Für die Kommunen seien entsprechende Aktivitäten aber nichts Neues – dazu zählen laut Städte- und Gemeindebund unter anderem Open-Data-Projekte, interaktive Internetauftritte oder auch der Einsatz sozialer Medien. Allerdings seien die Startvoraussetzungen jeweils sehr unterschiedlich. So mancher Kämmerer habe derzeit andere Sorgen.

Zur Bürgerkommunikation über soziale Netzwerke wie Facebook sagte Lepper: „Hier vor kann ich nur mit Nachdruck warnen.“ Hier entstünden Persönlichkeitsprofile, die man öffentlichen Stellen niemals übermitteln würde. Der Datenschutzbeauftragte schlug deshalb vor, zu diesem Zweck Kommunikationsstrukturen in Eigenregie zu nutzen. Da müsse man differenzieren, entgegnete Kerst. Facebook dürfe kein Serverersatz oder Dokumentenarchiv sein. Doch viele Menschen nutzten diese Medien. Deshalb sei es wichtig, auch dort präsent zu sein, um zumindest Informationen weiterzugeben.

### MEHR-KANAL-KONZEPT

So oder so: „Mehr Beteiligung muss nicht unbedingt dazu führen, dass auch mehr Bürgerwille umgesetzt wird“, betonte Martin Lehrer vom Städte- und Gemeindebund. Dies gelte gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen. Auch bedeute mehr Transparenz und Dialog im Internet nicht zwangsläufig mehr Demokratie, ergänzte Kuhn: Nicht alle Menschen hätten Netzzugang, und nicht alle mit Zugang, würden diesen im Sinne von Open Government und Open Data nutzen: „An der Stelle muss man die unterschiedlichen Facetten berücksichtigen.“ Es bestehe immer noch eine „digitale Kluft“, bestätigte Geiger. Deshalb komme es darauf an, mehrkanalig zu arbeiten: Internet ja, aber eben auch Post und Telefon. *bra*

### Open Data

Das Konzept „Open Data“ steht laut einer Definition der Bundeszentrale für politische Bildung für die Idee, Daten öffentlich frei verfügbar und damit für alle nutzbar zu machen.

### Live-Übertragung

Die Open-Government-Anhörung hat der Landtag live ins Internet übertragen. Interessierte können den Mitschnitt auch nachträglich im Videoarchiv auf der Internetseite des Landtags ansehen.

**„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.**

# Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



**Unter „Open Government“ verstehe ich ...**

... eine Weiterentwicklung von „mehr Demokratie wagen“. Zu Recht hat Willy Brandt darauf verwiesen, dass die bloße Existenz von Institutionen, Gremien und Wahlen nicht ausreicht. Demokratie lebt vom Mitmachen und ist deshalb auch niemals „fertig“.

... die Öffnung von Staat und Verwaltung gegenüber der Gesellschaft. Dadurch können sich Bürger leichter über die Tätigkeit der Verwaltung informieren, Verwaltungsmitarbeiter von Einzelauskünften entlastet und wissensbasierte Dienstleistungen auf der Grundlage von Verwaltungsdaten verbessert werden.

**Den größten Handlungsbedarf sehe ich derzeit ...**

... in den Bereichen Partizipation, Transparenz und Zusammenarbeit. Bürgerinnen und Bürger sollten besseren Zugang zu universell computerlesbaren Datensätzen der Landesregierung haben – das Stichwort dafür ist „Open Data“.

... bei der Klärung der Rechtsfragen, die sich beim Bereitstellen von Daten der öffentlichen Hand zur Weiterverwendung im Internet stellen. Was darf ein Nutzer mit den bereitgestellten Daten tun, darf er sie verarbeiten, verändern, eine auf einem Datensatz basierende Anwendung gegen Entgelt anbieten?

**Bürgerinnen und Bürger auch digital stärker zu beteiligen ...**

... ist spätestens eine Lehre aus dem umkämpften Bahnprojekt „Stuttgart 21“. Aushänge in Schaukästen, Veröffentlichungen in Amtsdeutsch per Zeitungsanzeigen und Möglichkeiten zur Akteneinsicht in Amtsstuben reichen im Zeitalter von Web 2.0 nicht aus, um Beteiligung und Akzeptanz sicherzustellen.

... eröffnet aus meiner Sicht die Möglichkeit, gesellschaftliche Bedürfnisse und Anforderungen in Zukunft schneller erkennen und bei staatlichem Handeln berücksichtigen zu können.

**In puncto Bürger-Information und Beteiligung sollte der Landtag ...**

... die Bürgerinnen und Bürger als wirkliche Partner verstehen, die eingeladen werden müssen, Ideen und Verbesserungsmöglichkeiten einzubringen. Wir müssen uns auf neue Formen der Zusammenarbeit einlassen wollen. Es geht darum, das Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung nachhaltig zu verändern. Auch diejenigen, die mit Online-Medien nichts anfangen können, müssen sich einbringen können.

... dazu beitragen, dass Open Data und Open Government in Deutschland weiter ausgebaut werden, im föderalen Verbund und zum Nutzen aller. Idealerweise sollte ein zentrales ebenenübergreifendes Portal geschaffen werden, um einen leichteren Zugang zu den Daten in Bund, Ländern und Kommunen zu ermöglichen.

**Grenzen von Bürgerbeteiligung in einer parlamentarischen Demokratie ...**

... müssen geklärt sein. Eine Online-Umfrage wird nie eine Parlamentsabstimmung ersetzen. Es geht aber darum, dass in parlamentarischen Verfahren alle Bürgerinnen und Bürger Beteiligungsmöglichkeiten nutzen können. Bürgerinnen und Bürger sollten das Recht haben, dass Politik und Verwaltung auch individuelle Anregungen mit bedenken und abwägen.

... hängen jeweils davon ab, ob eine Fragestellung vertiefte Sachkenntnis erfordert und wie sich Beteiligung organisieren lässt. Der Moderationsprozess von Heiner Geißler zu Stuttgart 21 hat gezeigt, dass auch komplizierte Fragen zu einem Ergebnis geführt werden können.

## Diesmal zum Thema Open Government.



... einen grundlegenden Kulturwandel in Politik und Verwaltung, der erst durch die Digitalisierung möglich geworden ist. Open Government ermöglicht mehr Demokratie, mehr Mitsprache und transparentere politische Prozesse. Daraus erwächst ein neues, moderneres Verhältnis von BürgerInnen und Staat.

... beim offenen Zugang zu öffentlichen Daten und Informationen, also Open Data. Diese Philosophie ersetzt die bisher angenommene Holschuld der Bürgerinnen und Bürger durch eine Bringschuld der Verwaltung. Offene Daten bieten neben dem demokratischen Transparenzgewinn viele gesellschaftliche Vorteile.

... ist das Gebot der Stunde! Dabei wollen wir auch denen, die heute noch nicht regelmäßig online sind, Zugänge schaffen. Dafür notwendig sind zahlreiche Maßnahmen von der Verbesserung der Breitbandversorgung bis zur verstärkten Medienkompetenzförderung für alle Altersgruppen.

... eine Vorbildfunktion wahrnehmen. In diesem Sinne ist es gut, dass die Liveübertragungen der Plenarsitzungen technisch optimiert werden. Ich würde mir aber auch wünschen, dass alle Anhörungen per Stream übertragen würden. Dokumente sollten übersichtlicher und in offenen Formaten bereitgestellt werden.

... sollten in der Diskussion nicht immer vor den Chancen thematisiert werden. Natürlich gibt es Bereiche, in denen am Ende demokratisch legitimierte Abgeordnete entscheiden sollten, aber oft geht es vor allem um die frühzeitige Einbeziehung der Bevölkerung – und da gibt es Nachbesserungsbedarf.



..., durch gelebte Transparenz im Regierungs- und Verwaltungshandeln größeres Vertrauen bei den Bürgern zu schaffen. Dazu gehören eine adressatengerechte Bereitstellung relevanter Daten statt unbrauchbarer Datenfriedhöfe und praxistaugliche Partizipationsformate, um aus Betroffenen Beteiligte zu machen.

... darin, von Theorie und warmen Worten in Schauanträgen sowie unergiebigem Arbeitsgruppen auf Regierungsseite endlich zu konkreten Taten und Projekten für gelebtes Open Government in NRW zu kommen und dabei dem demografischen Wandel ausreichend gerecht zu werden.

... ist eine Aufgabe, bei der IT.NRW als Dienstleister einen wichtigen Beitrag leisten muss. Ziel sollte sein, überzeugende Konzepte und praxistaugliche Angebote für Bürger, gesellschaftliche Gruppen, Verbände, Politik, Wirtschaft und die Verwaltung anzubieten.

... neue Wege gehen. Rot-Grün sollte ein Transparenzgesetz nach Vorbild Hamburgs nicht vorschnell ablehnen. Zudem wäre es aus Sicht der FDP sinnvoll, ein Projekt für ein neues Instrument zur Bürgeranhörung zu starten und in einem zentralen Portal benutzerfreundlich Informationen der Ministerien und anderen Behörden zu bündeln.

... bestehen, da sie durch Elemente der direkten Demokratie immer nur ergänzt wird. So würde eine inhaltliche Ausweitung von Volksbegehren auf Finanzfragen die Wahrung der Budgethoheit des gesamtverantwortlichen Parlaments für eine ausgewogene Verteilung der beschränkten Haushaltsmittel negativ tangieren.



... modernes Regierungshandeln in Zeiten eines immer stärker werdenden Wunsches der Bürger nach Beteiligung an politischen Prozessen.

... darin, die Landesregierung davon zu überzeugen, Open Data – den freien Zugang zu Informationen – als elementaren ersten Schritt umzusetzen. Dazu haben wir einen Antrag eingebracht, der die Landesregierung auffordert, ein Transparenzgesetz zu erarbeiten.

... ermöglicht jedem Einzelnen, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Dies ist der erste Schritt zu einer modernen Gesellschaft.

... seine Aufgabe ernst nehmen, alle relevanten Informationen zeitnah zur Verfügung zu stellen und daraufhin eingehende Vorschläge ergebnisoffen in die Beratungen einzubeziehen.

... gibt es im besten Falle nicht.

# Aus den Fraktionen

## Dialog zur Hochschulzukunft in NRW

Erst Ende November hatte Wissenschaftsministerin Svenja Schulze ihre Eckpunkte für ein neues Hochschulzukunftsgesetz vorgestellt. Schon wenige Tage später diskutierten am 4. Dezember im Landtag rund 40 Studierende, Beschäftigte, Professoren und Rektoren von NRW-Hochschulen im Wissenschaftsforum der SPD-Fraktion über die geplanten Gesetzesänderungen. Karl Schultheis, MdL und wissenschaftspolitischer Sprecher der Fraktion, betonte gleich zu Beginn der Veranstaltung eine wesentliche Leitlinie der geplanten neuen Gesetzgebung: „Davon sollen alle Menschen profitieren, die in Hochschulen arbeiten und studieren.“

Die heutigen und zukünftigen Arbeitsbedingungen im Wissenschaftsbetrieb standen also im Mittelpunkt des kritischen Dialogs der SPD-Fraktion mit den Betroffenen. „Acht von



zehn wissenschaftlich Beschäftigten sind heute in prekären Arbeitsverhältnissen“, stellte etwa Dr. Friedrich-Wilhelm Geiersbach vom wissenschaftlichen Personalrat der Fernuniversität in Hagen fest. Er erwarte von der Landesregierung „wieder klare Regeln für gute Arbeit in der Wissenschaft“.

Weitgehende Einigkeit bestand unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, dass das

gegenwärtig geltende Hochschulfreiheitsgesetz auch andere „Schieflagen“ provoziert habe. Das gelte beispielsweise ebenso für die zurzeit mangelnde Transparenz über die Verwendung von vier Milliarden Euro Steuermitteln, die jährlich in das NRW-Hochschulsystem fließen.

Karl Schultheis versprach am Ende der Veranstaltung für die SPD-Landtagsfraktion, den Diskurs fortzusetzen: „Wir brauchen den Austausch mit den Praktikern vor Ort und werden ihre Erfahrungen in das Gesetzgebungsverfahren einfließen lassen.“ Das Hochschulzukunftsgesetz soll zum Wintersemester 2014/15 in Kraft treten. ■



## Rot-grünes Rauchverbot beschädigt ehrenamtliches Engagement

Die CDU-Landtagsfraktion steht für einen konsequenten Nichtrauchererschutz. „Das unter meiner Verantwortung als Gesundheitsminister 2008 geschaffene Nichtraucherchutzgesetz ist ein gutes Gesetz“, erklärt der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Josef Laumann. „Zuvor gab es in Nordrhein-Westfalen keinen gesetzlichen Nichtrauchererschutz. In öffentlichen Gebäuden wie in Schulen, Bahnhöfen oder Krankenhäusern durfte bis dahin überall noch geraucht werden. Die CDU hat das beendet und hierzulande einen konsequenten gesetzlichen Nichtraucherchutz geschaffen. Nichtraucher können uneingeschränkt am öffentlichen Le-



Karl-Josef Laumann (CDU)

ben teilhaben, ohne sich gegen ihren Willen einer Gesundheitsgefährdung durch Tabakrauch auszusetzen.“ Laumann erklärt, dabei habe man für den Gaststättenbereich einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen von Nichtrauchern und Rauchern sichergestellt.

Laumann: „Aber ich möchte dem Menschen, der nach einer harten Arbeitswoche am Freitagabend in einer Eckkneipe sein

Bier trinkt, nicht die Zigarette verbieten. Ich möchte einem Opa, der seinen runden Geburtstag in einer gemieteten Gaststätte feiert, die Entscheidung selbst überlassen, ob auf seinem Fest geraucht werden soll oder nicht. Ebenso möchte

ich, dass der Vorstand eines Schützen- oder Karnevalsvereins selbst darüber entscheiden darf, ob in seinem Festzelt geraucht werden darf oder nicht. Die Androhung von Bußgeldern von bis zu 2.500 Euro verunsichert Vereine in Nordrhein-Westfalen, die Brauchtumsveranstaltungen organisieren. Hier brauchen wir keine staatliche Reglementierung und Bevormundung durch die Regierung Kraft. Es ist nicht Sache der Politik, die Menschen per Gesetz zu erziehen. Die CDU vertraut auf mündige Bürger, die selbst entscheiden dürfen, so lange sie ihre Mitmenschen nicht beeinträchtigen und gefährden.“ ■



## Selbstgebastelte Sterne am Bio-Baum

33 Kinder aus den Klassen 2a und 2b der Gemeinschaftsgrundschule Vennhauser Allee in Düsseldorf



haben in diesem Jahr den Weihnachtsbaum der grünen Fraktion geschmückt. Alle Sterne sind selbstgebastelt und bemalt. Bei einer Feierstunde im Landtag hängten sie ihre Sterne selbst an den Baum und wurden von den Abgeordneten hochgehoben, um an die oberen Äste zu kommen.

Mit der familienpolitischen Sprecherin Andrea Asch und dem Düsseldorfer Abgeordneten Stefan Engstfeld

stimmten sie gemeinsam den Klassiker „In der Weihnachtsbäckerei“ an. Als Dank für die Mühen erhielt jedes Kind ein kleines Präsent und wurden durch den Landtag geführt.

Den Weihnachtsbaum hatte in diesem Jahr erneut Norwich Rüße, Bio-Landwirt und Sprecher für Naturschutz, besorgt. „Ein solcher Bio-Baum kostet 19 Euro pro Meter und ist somit nicht viel teuer als andere Weihnachtsbäume“, sagt Rüße. Der Vorteil: Bio-Weihnachtsbäume werden ohne Pestizide und Dünger aufgezogen.

Weitere Informationen zu Bio-Weihnachtsbäumen: [gruene.fr/weihnachtsbaum](http://gruene.fr/weihnachtsbaum)



## FDP-Fraktion diskutiert mit Bürgern über die Dichtheitsprüfung

Die FDP lässt bei ihrem Einsatz bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserkanälen nicht nach. Auf Einladung der FDP diskutierten nahezu 100 Vertreter von Bürgerinitiativen, Wirtschaft und Kommunalpolitik über den aktuellen Stand der rot-grünen Gesetzesnovelle und mögliche Verbesserungen an den Plänen. „In den letzten Monaten hat kaum ein anderes umweltpolitisches Thema die Gemüter der Bürgerinnen und Bürger landesweit so sehr erhitzt, wie die Dichtheitsprüfung“, erklärte FDP-Fraktionschef Christian Lindner in seiner Begrüßung. Die FDP fordert eine bürgerfreundliche Lösung und hat einen eigenen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der die Hausbesitzer nicht unter Generalverdacht stellt und eine Lösung mit Augenmaß bietet.

„Kanäle müssen grundsätzlich dicht sein. Allerdings muss die Balance zwischen Umwelt-



schutz und den Interessen der Hauseigentümer gewahrt bleiben. Das ist eine Frage der Verhältnismäßigkeit“, unterstrich Henning Höne, umweltpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Die Kosten für den sogenannten

Kanal-TÜV stehen aus Sicht der FDP jedoch in keiner Relation zu ihrem Nutzen. „Die FDP fordert daher eine Dichtheitsprüfung nur bei Neu- und Umbauten und bei einem begründeten Verdacht“, erklärte Kai Abruszat, kommunalpolitischer Sprecher. Die rot-grüne Landesregierung hat zwar inzwischen einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. Darin bleibt unter anderem der Generalverdacht in Wasserschutzgebieten aber bestehen. „Wir werden darauf achten, dass Rot-Grün die verpflichtende Dichtheitsprüfung auch nicht durch die Hintertür einführen wird“, verspricht Höne.



## Der Bund muss Bildung mitfinanzieren

Wir Piraten sind der Überzeugung, dass Bildung ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag ist. Ihre Finanzierung kann nur unter Beteiligung aller Ebenen gelingen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat im Jahr 2009 die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausgerufen. Man könnte meinen, dass solchen Worten auch Taten folgen. Doch stattdessen hat der Bund mit dem in der Föderalismusreform verankerten Kooperationsverbot seine bildungspolitische Verantwortung größtenteils aufgegeben. Die Piratenfraktion fordert nun die Aufhebung des Kooperationsverbots.

„Die bildungspolitischen Aufgaben, die vor uns liegen, können durch ein Umschichten der Landesmittel alleine nicht finanziert werden. Die Länder müssen gemeinsam mit dem Bund ein neues Finanzierungsmodell vereinbaren“,

erklärt Monika Pieper, Sprecherin im Schulausschuss. „Die großen Herausforderungen der Zukunft, wie zum Beispiel der Klimawandel, sind nur durch gesellschaftliche, technische und wirtschaftliche Innovationen zu bewältigen, also durch ein sehr viel höheres allgemeines Bildungsniveau. Dafür braucht es eine durchgängige Verbesserung der Bildung.“

Der Antrag der Piratenfraktion „Bildungsrepublik Deutschland realisieren – Kooperationsverbot aufheben“ soll der Landesregierung neue Impulse für die Diskussion mit dem Bund geben. Für Piraten beginnt Bildung



Monika Pieper (PIRATEN)

nicht erst in der Schule und endet nicht nach der Universität. „Um ein gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem zu gestalten, brauchen wir eine Bildungsoffensive vom Kleinkindalter bis weit ins Erwachsenenleben hinein. Eine solche Bildungsoffensive kann das Land alleine nicht finanzieren“, so Pieper.



# Minderheit gewinnt Mehrheit

## Die „Koalition der Einladung“ besteht Landtagswahl

*Nach 21 Monaten kam das Aus. Der Haushalt 2012 der rot-grünen Minderheitsregierung fand in der zweiten Lesung im März dieses Jahres keine Mehrheit. Es folgte ein Novum in der Landesgeschichte: Der Landtag löste sich auf. Innerhalb von 60 Tagen musste es zu Neuwahlen kommen. Im Mai dann eine klare Sache: Rot-Grün erhielt eine deutliche Mehrheit. Jetzt kann der Landeshaushalt für das laufende Jahr verabschiedet werden. Durch die Neuwahl neuer Schwung auch für aufgehobene Projekte wie Klimaschutz, Nichtraucherschutz und Ladenöffnungszeiten. Die Regierung Kraft II nimmt Fahrt auf.*

**Januar** Die CDU-Fraktion möchte mit ihrem Vorschlag zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes Städten und Gemeinden eine Handhabe geben, um gegen die zunehmenden Verstöße im Zusammenhang mit Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen und Straßen vorzugehen. Eine Anhörung im Innenausschuss belegt, dass diese Initiative zwar grundsätzlich begrüßt wird, aber Zweifel an einer rechtssicheren Umsetzung bestehen.

Seiner besonderen Verantwortung für den Klimaschutz will das Energieland NRW durch ein eigenes Klimaschutzgesetz gerecht werden. Drei Ausschüsse befragen zahlreiche Fachleute zum Entwurf. Dieser soll verbindlich Ziele, Maßnahmen und Überwachungsmechanismen festschreiben und für eine gesetzliche Verankerung des Klimaschutzes in NRW sorgen.

Eine Woche nach einer weiteren Anhörung diesmal zu den Ladenöffnungszeiten beraten die Fraktionen in einer Aktuellen Stunde über das Thema. Während die Opposition von einer möglichen Gefahr für den Wirtschaftsstandort NRW spricht, kündigt die Koalition eine Überprüfung der Sonntagsöffnung an.

**Februar** In einer Aktuellen Stunde verlangen SPD und GRÜNE, dass nach den bekannt gewor-

denen Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern neu justiert wird. Mit einer Schweigeminute gedenkt der Landtag der Opfer rechtsextremistischer Gewalt und demonstriert so für ein friedliches Miteinander ohne Hass, Intoleranz und Gewalt.

Darüber hinaus verabschieden die Landtagsfraktionen bei Enthaltung der LINKEN das Gesetz zur gesellschaftlichen Teilhabe und Integration. Damit schafft Nordrhein-Westfalen als erstes Flächenland hierfür eine verbindliche rechtliche und umfassende Grundlage.

32 Gegenstimmen gibt es, als der Landtag in namentlicher Abstimmung das Abgeordnetengesetz ändert. Um bei den Altersbezügen die Grundversorgung aller Abgeordneten zu verbessern, werden die Diäten um 500 Euro erhöht. Der monatliche Pflichtbeitrag der Abgeordneten beträgt ab März statt bisher 1.614 nun 2.114 Euro.

**März** Bürgerinnen und Bürger sollen leichter ein Ehrenamt übernehmen können: Mit ihrem gemeinsamen Entwurf zur Stärkung des kommunalen Ehrenamts wollen SPD, GRÜNE und FDP auch Teilzeitbeschäftigten und Menschen mit flexiblen Arbeitszeiten eine Möglichkeit zur

ehrenamtlichen Mitwirkung eröffnen. Es soll auch neue Angebote zur Fort- und Weiterbildung geben.

Mitte des Monats berät der Landtag in zweiter Lesung den von der Regierung vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 2012. Dabei stimmen CDU, FDP und LINKE gegen einen Einzelplan des Entwurfs und bringen damit den gesamten Etat zum Scheitern. Nach einem einstimmigen Beschluss des Plenums erklärt Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg die Auflösung des 15. Landtags. Ein Ständiger Ausschuss nimmt die Rechte der Volksvertretung bis zum Zusammentritt des neuen Landtags wahr.

**April** In einem gemeinsamen Aufruf fordert das Präsidium des Landtags die Bürgerinnen und Bürger auf, am 13. Mai 2012 von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wer wähle, setze ein Zeichen für die freiheitliche Demokratie und wirke dabei mit, dass eine Volksvertretung auf breiter Basis die zentralen Aufgaben der Politik im Land beraten und gestalten könne.

Auch wenn die Volksvertretung vorzeitig aufgelöst worden ist, präsentiert sich das Landtagsgebäude weiter als Haus der Bürgerinnen und Bürger: In der Nacht der Museen öffnet daher auch das Parlament Ende April bis nach Mitternacht seine Tore und zeigt seine Kunstwerke.

**Mai** 13. Mai 2012, 18 Uhr. Die Wahllokale im Land schließen. Die Stimmen werden ausgezählt. Danach sieht das rechnerische Ergebnis der Landtagswahl so aus: 7,8 Millionen haben gewählt, das entspricht bei rund 13 Millionen Wahlberechtigten einer Wahlbeteiligung von 59,6 Prozent. Mit 39,1 Prozent der Stimmen wird die SPD stärkste Partei, gefolgt von der CDU mit 26,3 Prozent. Die GRÜNEN kommen auf 11,3, die FDP auf 8,6 Prozent. Erstmals ziehen die PIRATEN mit 7,8 Prozent in den NRW-Landtag ein.





Am letzten Tag des Monats tritt der neue Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Abgeordneten werden zum uneigennütigen Einsatz für das Wohl der Menschen in NRW verpflichtet und wählen die Abgeordnete Carina Gödecke (SPD) zur Landtagspräsidentin.

**Juni** In der dritten Sitzung der neuen Legislaturperiode wählt der Landtag Hannelore Kraft (SPD) erneut zur Ministerpräsidentin. Mit 137 „Ja“-Stimmen erhält sie in der geheimen Wahl neun Stimmen mehr, als die rot-grüne Koalition Abgeordnete hat. 94 Parlamentarier votieren mit „Nein“, drei enthalten sich. Das einen Tag später vorgestellte Kabinett enthält zwei neue Gesichter: Garrelt Duin wird Wirtschaftsminister, Michael Groschek neuer Verkehrsminister. Beide gehören der SPD an.

Die Abwicklung der WestLB AG beschäftigt erneut den Landtag. Vor allem die FDP-Opposition beklagt, dass die Bank nicht schon früher verkauft worden sei und jetzt die nordrhein-westfälischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler beansprucht werden müssten. Die Koalition sieht keine Alternative zum vorgeschlagenen Weg: Alles andere werde nur noch teurer.

**Juli** Schafft das von der Regierung geplante Gutachten zu wirtschaftlichen Alternativen für die Kohlenmonoxid-Pipeline des Bayerwerks von Dormagen nach Krefeld mehr Transparenz und Sicherheit oder dient es bloß zur Verhinderung der Inbetriebnahme? Darüber streiten sich in einer von der FDP beantragten Aktuellen Stunde Regierung und Opposition. Beide Lager betonen, dass die Gesundheit der Menschen oberste Priorität haben müsse.

**August** In der sitzungsfreien Zeit wird im Plenarsaal heftig gebohrt und gehämmert: Notwendige Sanierungsmaßnahmen (Belüftung, Barrierefreiheit) stehen an.

**September** Unter großem Interesse von Öffentlichkeit und Medien stellt Landtagspräsidentin Carina Gödecke den von Grund auf sanierten Plenarsaal vor. Das Herzstück des Parla-

ments ist in nur zehn Wochen modernisiert und behindertengerecht umgebaut worden.

Die wiedergewählte Ministerpräsidentin stellt in ihrer Regierungserklärung den Fahrplan für die nächsten fünf Jahre vor. Hannelore Kraft (SPD) kündigt an, ihre Politik werde „vorbeugend, nachhaltig und gerecht“ sein. Damit das Wahlalter und die Hürden bei Volksbegehren gesenkt werden können, strebe sie eine Änderung der Landesverfassung an.

Am Tag danach liefern sich die fünf Fraktionen einen Schlagabtausch zur Regierungserklärung. Während CDU und FDP ihre Überzeugung erneuern, die Regierung spare zu wenig, stellen sich die Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE hinter Krafts Politik. Die PIRATEN wollen darauf achten, ob Rot-Grün seine Versprechungen einhält.

Mit der ersten Lesung beginnt erneut der Marathon rund um die Beratung des Landeshaushalts 2012. Während die Regierung ankündigt, die Schulden bis zum Jahr 2020 auf Null reduzieren zu wollen, wiederholen vor allem CDU und FDP ihren Vorwurf, es werde zu wenig und zu spät gespart.

**Oktober** In einer fünfstündigen Anhörung stellen gleich vier Ausschüsse die Chancen und Risiken des NRW-Klimaschutzgesetzes auf den Prüfstand. 38 Fachleute äußern sich kontrovers zum verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien und zum Ziel der weiteren CO<sub>2</sub>-Reduzierung. Unterschiedlich auch die Einschätzung der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen der angestrebten Klimaschutzmaßnahmen.

**November** Nach dem Schulkonsens zwischen Rot-Grün und CDU vom Juli 2011 geht es an die Umsetzung. Dazu legt die Landesregierung ein Konzept zur Sicherung einer wohnortnahen Schulversorgung im Grundschulbereich vor. Neben den Konsensparteien stimmen auch die PIRATEN zu. Die FDP ist dagegen.

Das Landtagspräsidium reist nach Brüssel. Die Landtagspräsidenten und ihre vier Stellvertreter treffen dort hohe europäische Repräsentanten und sprechen mit ihnen über die

bestehenden und zukünftigen Mitwirkungsmöglichkeiten des Landesparlaments auf europäischer Ebene.

Bundespräsident Joachim Gauck besucht den Landtag. Zu seinem offiziellen Antrittsbesuch im Bundesland NRW begrüßt Landtagspräsidentin Carina Gödecke den Gast, der den gewählten Abgeordneten seine Anerkennung für ihre Arbeit ausspricht. Der Bundespräsident plädiert für einen verständlichen und bürgernahen Politikstil.

In zweiter Lesung passiert das Nichtraucherschutzgesetz der Landesregierung den Landtag. Es soll nach dem Willen von Rot-Grün durch ein konsequentes Rauchverbot den Schutz der Gesundheit gewährleisten und Ausnahmen wie Brauchtumsfeste und Festzelle ausschließen. Auch Raucherclubs und Raucherräume soll es nicht mehr geben. Die namentliche Abstimmung zeigt, wie der Vorschlag der Landesregierung die Abgeordneten polarisiert: nur drei Enthaltungen, 128 Stimmen pro und 101 Stimmen contra.

Der dritte Sozialbericht der Landesregierung mit seinen „erschreckenden Befunden“ zu Armut und Reichtum in NRW, so Sozialminister Guntram Schneider, wird im Landtag kontrovers diskutiert. Die Koalition weist darauf hin, dass im Unterschied zum Bund die Beschreibung der sozialen Situation in NRW nicht geglättet oder vertuscht werde. Seitens der Opposition wird angemerkt, dass „Umverteilungsrhetorik“ und „wilder Aktionismus“ das Problem nicht lösen. Einmütig aber die Ansicht, dass Bildung als Schutz vor Armut immens wichtig sei.

**Dezember** Unmittelbar auf den Abschluss des Haushalts 2012 folgt der Haushalt 2013. Er sieht Ausgaben von rund 60 Milliarden Euro vor. Erwartet wird, dass die Steuereinnahmen auf 44,8 Milliarden Euro steigen. An neuen Krediten sind 3,5 Milliarden Euro vorgesehen. Im Plenum gibt es daraufhin in erster Lesung wieder eine Auseinandersetzung über Schuldenabbau und Einhaltung der ab 2020 geltenden Schuldenbremse. Ein Thema für die zweite und dritte Lesung – in 2013. *Jürgen Knepper*

## „U3-Ausbau unbedingt forcieren“

### Anhörung: U3-Rechtsanspruch erfüllen – aber Qualitätsstandards nicht unterschreiten

6. Dezember 2012 - Knapp acht Monate bevor der U3-Rechtsanspruch eintritt, fehlen in Nordrhein-Westfalen immer noch mehrere Tausend Kita-Plätze, um den prognostizierten Bedarf zu decken. Auf Antrag der CDU-Fraktion „U3-Rechtsanspruch erfüllen, Qualitätsstandards erhalten“ (Drs. 16/820) standen im Familienausschuss sechs Sachverständige Rede und Antwort.

Einig waren sich die Fachleute aus Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, Landeselternbeirat und des Kinderschutzbundes darüber, dass an dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige unbedingt festgehalten werden solle. Falls einige Kommunen bis zum Stichtag nicht genügend Plätze zur Verfügung stellen könnten, müssten stattdessen befristete Übergangslösungen gefunden werden.

Heinz-Josef Kessmann, Vorsitzender des Arbeitsausschusses Tageseinrichtungen für Kinder der Freien Wohlfahrtspflege NRW, wies jedoch darauf hin, dass die Kapazitätsgrenzen schon jetzt vielerorts erreicht oder sogar überschritten seien. „Unzureichende Rahmenbedingungen stellen sowohl für die jungen Kinder als auch für die Erzieher und Erzieherinnen eine erhebliche Belastung dar“, so Kessmann. Dieser Einschätzung schloss sich Maria Beckmann-Junge, Jugendhilfeausschussvorsitzende des Kreises Paderborn, an und belegte mit praktischen Beispielen aus ihrer Kommune, wie dort Maßnahmen zum U3-Ausbau am Wohle der Kinder ausgerichtet seien. In diesem Zusammenhang wies Anke Bohlander vom Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen in NRW auf das

sogenannte Platz-Sharing hin – die Möglichkeit, einen U3-Platz auf mehrere Kinder aufzuteilen. Solche flexiblen Lösungen trügen auch dazu bei, den Betreuungsbedarf zu decken.

Die Kommunen sollten den betroffenen Eltern Engpässe bei der Bereitstellung des Platzangebots keinesfalls verschweigen, gerade bei erkennbaren Versorgungslücken in Großstädten, kritisierte Bohlander die unzureichende Informationspolitik einiger Gemeinden. Dem pflichtete auch Jürgen Graef, erster Beigeordneter der Stadt Wermelskirchen, bei. Die Eltern seien aufgrund der Medienberichterstattung stark verunsichert und die Anfragen bei der Stadtverwaltung und den Betreuungseinrichtungen hätten merklich zugenommen.

Die Fachleute erklärten ihre grundsätzliche Bereitschaft, in einer Übergangszeit nach dem 1. August 2013 Kompromisse und provisorische Lösungen in der U3-Betreuung mitzutragen. Grundlegende Qualitätsstandards wie der Erzieherin-Kind-Schlüssel, die Gruppengröße und die Qualifikation des Personals dürften jedoch nur vorübergehend unterschritten werden und nicht zu einer geduldeten Dauerlösung werden. Die Gruppengrößen unter Bei-

behaltung des Personalschlüssels zu erhöhen, lehnte Bohlander ab, denn Kitas seien keine „Verwahranstalten“, sondern Einrichtungen, in denen qualifizierte frühkindliche Bildung stattfinde. Eine Verschlechterung dieser Faktoren sei gleichbedeutend mit einer Verschlechterung des Bildungsstandards.

„Die ersten drei Lebensjahre sind die prägenden Jahre“, so Prof. Dr. Rainer Straetz, kommissarischer Leiter des Sozialpädagogischen Instituts der FH Köln. Deshalb müsse der Ausbau von Betreuungsplätzen quantitativ so stark forciert werden, dass die für das Wohl und die Entwicklung der Kinder notwendigen pädagogischen Voraussetzungen auf jeden Fall erhalten blieben. Diese Forderung unterstützte Dieter Greese, Ehrenvorsitzender des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband NRW. Eine Tageseinrichtung für Kinder müsse trotz Mehrbelastung immer noch in der Lage sein, die grundlegenden Bedürfnisse und Interessen in den Mittelpunkt ihrer pädagogischen Arbeit zu stellen. Für den Fall eines Versorgungsdefizits, plädierte Greese dafür, die Platzvergabe unter dem Gesichtspunkt der Chancengerechtigkeit vorzunehmen. Für ihn seien zuerst die Kinder aus sozial benachteiligten Elternhäusern und als nächstes die Kinder berufstätiger Eltern zu berücksichtigen.

Als weiteres ernst zu nehmendes Problemfeld wurde der Fachkräftemangel bei Erzieherinnen und Erziehern benannt. „3.400 fehlende Erzieher für NRW sind realistisch“, so Greese. Außerdem seien die noch in der Ausbildung befindlichen Erzieher für den erweiterten pädagogischen Auftrag nicht ausreichend qualifiziert, deswegen sei dringend eine umfassende Ausbildungsreform erforderlich.

Regional unterschiedlich sei bereits ein Mangel an geeigneten Fachkräften spürbar, konstatierte Kessmann. Der erhöhte Bedarf an Fachkräften zeichne sich jetzt schon ab. Die Fachschulen und Berufskollegs seien kurzfristig nicht in der Lage, den zusätzlichen Bedarf aufzufangen. Deshalb müssten alternative Ausbildungsmöglichkeiten, zum Beispiel praxisintegrierte Modelle, entwickelt werden. Dazu würden von Land und Bund zusätzliche Mittel zur Finanzierung benötigt, so Kessmann. Der Antrag der CDU-Fraktion wird in der nächsten Ausschusssitzung am 10. Januar abschließend beraten. zei

## Bürgersprechstunde

Der Petitionsausschuss bietet am 7. Januar 2013 in der Zeit von 10 bis 14 Uhr eine Bürgersprechstunde in der Villa Horion, Johannes-Rau-Platz 1, an. Dazu ist eine telefonische Anmeldung erforderlich: ab dem 2. Januar, in der Zeit von 10 bis 15 Uhr, unter der Rufnummer (0211) 884-2506 oder -2143.



# Im Interview: Landtagsvizepräsident Dr. Gerhard Papke



## Herr Papke, haben Sie nach dem Wechsel vom Fraktionschef zum Landtagsvizepräsidenten Entzugserscheinungen von der Tagespolitik?

Nein, ich verspüre keinen Phantomschmerz. Ich habe viele Jahre Politik mit durchgedrücktem Gaspedal gemacht. Wenn man dann operative Verantwortung abgibt, ist diese Situation zugegebenermaßen schon neu. Aber ich habe mit Christian Lindner den idealen Nachfolger gefunden und bin froh, dass er wieder nach NRW zurückgekehrt ist. Außerdem bekleide ich jetzt ein anderes wichtiges Amt, das auszuüben mir viel Freude bereitet.

## Welchen Tribut muss man als Politiker an vorderster Front zollen?

Sie sind als Fraktionsvorsitzender extrem eingebunden ins tagesaktuelle Geschehen. Sie müssen sich mit allen relevanten Themen und politischen Vorgängen befassen und gucken, wo es Interventionsbedarf gibt. Das ist ein sehr spannender und intensiver Prozess. Sie dürfen auch die vielfältige Binnenwirkung nicht unterschätzen. So eine Fraktion ist ein lebendiger Organismus, und glauben Sie nicht, dass das in kleineren Fraktionen anders ist. Sie müssen mit jedem Abgeordneten eng zusammenarbeiten, damit er sein fachpolitisches Potenzial entfalten kann. Das ist eine multifunktionale Aufgabe, deren geringerer Teil öffentlich sichtbar wird.

## Ist Politik schneller geworden? Wird man stärker getrieben?

Ja, das gilt für Politiker genauso wie für Journalisten. Das Tempo hat in den letzten zehn Jahren gewaltig zugenommen. Das hat schlichtweg mit den neuen Medien, dem Internet zu tun. Neue Nachrichten werden 24 Stunden lang generiert. Der Newsflow kommt nie zum Erliegen. Das ist aus Sicht des Parlaments nicht nur von Vorteil, weil sich viele Diskussions- und Entscheidungsprozesse außerparlamentarisch vollziehen und die emotionale Aufladung der Berichterstattung häufig dazu führt, dass die schnelle Schlagzeile

wichtiger wird als das ruhige Nachdenken. Politik wird immer mehr gefordert, ganz schnell scheinbar perfekte Antworten zu geben. Das ist leider nicht möglich. Aus diesem Dilemma kann sich Politik nur noch schwer befreien.

## Vermissten Sie die Möglichkeit, sich mit einem Thema mal in Ruhe zu befassen?

Jeder Politiker in Führungsverantwortung ist gezwungen, in erheblichem Maße aus der Substanz zu leben, weil man nicht mehr wie neben einem normalen Beruf Zeit und Möglichkeit hat, die Batterien intellektuell aufzuladen. Das geht häufig nur im Urlaub oder spät in der Nacht, wenn die Termine abgearbeitet sind. Das empfindet man gerade dann als unbefriedigend, wenn man selber als Politiker von den Inhalten her kommt.

## Sie sind es ja gewohnt, wissenschaftlich zu arbeiten. Kommt Ihnen diese Lebensphase im Rückblick unwirklich vor?

Das sind sehr unterschiedliche Welten. Ich habe schon gelegentlich Probleme, mich an mein Leben zu erinnern, als ich Zeit hatte, Bücher zu schreiben. Aber es gab in den vergangenen Jahren durchaus Momente, in denen ich gedacht habe, es muss paradiesisch gewesen sein. Ich will mich jedoch wahrlich nicht beklagen. Viel spannender und intensiver hätte meine bisherige Zeit als Abgeordneter kaum sein können: viele Höhen, aber auch belastende, sogar schlimme Momente, wie etwa der Tod von Jürgen Möllemann, der sich im nächsten Jahr schon zum zehnten Mal jährt. Fünf Jahre konnte ich in unserer Regierungszeit an vorderster Front mitgestalten und meine Überzeugungen einbringen. Auch die Zeit der rot-grünen Minderheitsregierung war ja bekanntlich äußerst spannend, von ihrem Ende ganz zu schweigen. Und wer weiß, was noch kommt. Ich war immer Parlamentarier aus Leidenschaft und arbeite deshalb mit Freude in meinem neuen Amt.

## Gibt es eine Lösung, aus der Knochenmühle herauszukommen? Müsste es mehr Ruheräume für Politiker geben?

Man hat immerhin in der Sommerpause und in der Weihnachtspause mehr Zeit, aber die braucht man dann auch, um wieder Kraft zu schöpfen. Wir werden in Zukunft häufiger erleben, dass Politiker sehr konsequent für sich persönlich entscheiden, dass sie nicht immer neue Ämter anstreben wollen. Roland Koch in Hessen, Ole von Beust in Hamburg und vielleicht auch Frank-Walter Steinmeier zeigen, dass Politiker, die schon viel geleistet haben, an einen Punkt kommen, an dem sie sagen, das reicht mir jetzt, ich greife nicht nach jedem Amt, oder ich mache nochmal etwas ganz anderes. Das scheint uns jetzt noch außergewöhnlich, ist aber auch eine Antwort darauf, dass Politik immer

radikaler Besitz von den Menschen ergreift, die sich ihr verschrieben haben.

## Ist es zu bedauern, dass Politik zu einem Lebensabschnitt wird und nicht mehr lebenslange Berufung?

Vor diesem Hintergrund sicherlich nicht. Es ist immer weniger möglich, sich Freiräume neben der politischen Laufbahn zu bewahren. Das war früher leichter. Ich kann mich noch an eine Zeit erinnern, da war ich Mitarbeiter im Deutschen Bundestag, als es noch keine Mobiltelefone und kein Internet gab. Da wurden Briefe statt E-Mails geschrieben und Presseerklärungen per Fax in die Redaktionen geschickt. Wenn Redaktionsschluss war, wurde politisch gearbeitet, aber in anderer Form. Das wird so nicht wiederkommen. Wenn das Privatleben nur noch eine sehr untergeordnete Rolle spielt und man sich keine Rückzugsmöglichkeiten sichern kann, sagen sich einige, dann begrenze ich das eben auf der Zeitaussch. Man sollte als Abgeordneter ohnehin nie aus dem Blick verlieren, dass man nur auf Zeit gewählt ist.

## Was machen Sie mit Ihren neuen Freiräumen?

Ich mische nach wie vor kräftig mit, wenn auch stärker im Hintergrund. Ich bin in vielen Gesprächen und lerne mehr denn je interessante Menschen kennen, ohnehin eines der großen Privilegien, die einem die Politik eröffnet. Ich schaue voller Neugier auf das, was vor uns liegt. Der Landtag ist bis 2017 gewählt. Aber wenn wir etwas gelernt haben in diesem Jahr, dann ist es, wie extrem schnell sich die politische Lage verändern kann. Wer vor zwölf Monaten vorhergesagt hätte, dass wir uns hier unterhalten würden, im Büro des Landtagsvizepräsidenten, den hätte ich für verrückt erklärt.

*Kristian Frigelj*

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf  
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Ilja Zeidler (zei, Redakteur), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)  
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), 884-2304 (zei), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Hertler (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Monika Pieper (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Ralf Kap-schack (SPD), Norbert Neß (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:**  
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg  
**Internet-Adressen:** www.landtagintern.de,  
www.landtag.nrw.de

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



www.landtagintern.de

## Geburtstage

12. Dezember 2012 bis 22. Januar 2013

14.12.	Kuper, André (CDU)	52
16.12.	Sundermann, Frank (SPD)	47
18.12.	Brockes, Dietmar (FDP)	42
20.12.	Grunendahl, Wilfried (CDU)	60
20.12.	Nüchel, Thomas (FDP)	50
21.12.	Vogt, Alexander (SPD)	34
29.12.	Velte, Jutta (GRÜNE)	55
29.12.	Rahe, Ernst-Wilhelm (SPD)	54
30.12.	Müller, Hans-Peter (SPD)	57
30.12.	Keymis, Oliver (GRÜNE)	52
30.12.	Schatz, Dirk (PIRATEN)	34
1.1.	Töns, Markus (SPD)	49
5.1.	Hammelrath, Helene (SPD)	63
5.1.	Engstfeld, Stefan (GRÜNE)	43
6.1.	Garbrecht, Günter (SPD)	63
7.1.	Schmeltzer, Rainer (SPD)	52
7.1.	Lindner, Christian (FDP)	34
8.1.	Bayer, Oliver (PIRATEN)	36
9.1.	Benninghaus, Walburga (SPD)	58
10.1.	Hovenjürgen, Josef (CDU)	50
13.1.	Ganzke, Hartmut (SPD)	47
16.1.	Rydlewski, Birgit (PIRATEN)	43

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

13.12.	Wilz, Bernd (CDU)	70
14.12.	Dr. Fischer, Hans-Dieter (CDU)	70
21.12.	Dr. Lorenz, Andreas (CDU)	75
28.12.	Rauterkus, Marita (SPD)	70
30.12.	Völker, Klaus-Dieter (CDU)	75
17.1.	Elfring, Helmut (CDU)	80

## Treffen & Termine

20.12.2012 Übergabe des Friedenslicht durch die Pfadfindergruppe St. Georg

3.1.2013 Empfang der Sternsinger der katholischen Pfarrgemeinde St. Martin aus Düsseldorf-Bilk. Unter dem diesjährigen Motto „Segen bringen, Segen sein“ wird in der diesjährigen Aktion besonders für Kinder in Tansania gesammelt.

7.1.-1.2.2013 Ausstellung „De Gaulle – Adenauer, Die deutsch-französische Aussöhnung“. Zudem ehrt der Landtag das 50. Jubiläum des Elysee-Vertrags mit einem Parlamentarischen Abend.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Kirchenrat Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 13. Dezember 2012 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum der Stille (Bürgerhalle). Am 22. Januar findet ein Gottesdienst für die Abgeordneten statt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



**Einzigartig**

Von einzigartiger Schönheit, sind Schneekristalle niemals gleich. Es heißt, die Anzahl ihrer möglichen Formen sei größer als die Anzahl von Teilchen im Weltall. Einzeln zwar winzig, vermögen sie in ihrer Gesamtheit doch die Welt zu verändern – hell und festlich glänzend. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien, dass Sie sich von diesem Glanz verzaubern lassen. Und von dem Gedanken, dass auch jeder Einzelne von uns gleichfalls einzigartig ist. Persönlich und im Namen aller Abgeordneten sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtags Nordrhein-Westfalen wünsche ich Ihnen von Herzen frohe und gesegnete Weihnachten, eine besinnliche Zeit im Kreise Ihrer Lieben sowie alles erdenklich Gute für das neue Jahr.

Ihre

*Carina Gödecke*

Carina Gödecke  
Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen